Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Arbeitsgerichts, des Hauptzollamts und des Bezirksschulamts zu Bautzen sowie des Finanzamts und des Stadtrats zu Bischofswerda behördlicherseits bestimmte Blatt

Neukirch und Umgegend

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dicht verbreitet in allen Volksschichten.

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich May, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postscheckkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 64

Erscheinungsweise: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Frei ins Haus halbmonatlich Mark 1.10, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 45 Pfg. Einzelnummer 10 Pfg. (Sonnabendnummer 15 Pfg.)

Fernsprecher Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Reichsmark): Die 44 mm breite einspaltige Millimeterzeile 10 Pfg., örtliche Anzeigen 8 Pfg. Im Textteil die 90 mm breite Millimeterzeile 30 Pfg. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Plätzen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 297 — **Mittwoch, den 20. Dezember 1933** — **88. Jahrgang**

Tagesschau.

Reichspräsident von Hindenburg empfing Dienstag nachmittag den Reichsminister des Auswärtigen, Freiherrn von Neurath zum Vortrag.

* Nach Pariser und Londoner Blättermeldungen soll ein Mitglied der französischen Botschaft in Berlin mit einer schriftlichen Aufzeichnung über den deutschen Standpunkt in der Abrüstungsfrage gestern nach Paris abgereist sein.

* In der französischen Kammer wurde das neue Rekrutierungsgesetz mit 449 gegen 147 Stimmen angenommen. Der französische Kriegsminister kündigte dabei an, daß der französische Festungsgürtel bis zum Mittelländischen Meer ausgebaut werden solle.

* Die erste Sitzung des Außenhandelsrats wurde vom Reichsaußenminister und dem Reichswirtschaftsminister gestern eröffnet. Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt betonte, daß ernste Schritte erforderlich seien, um dem deutschen Außenhandel seinen natürlichen Anteil am Außenhandel der Welt wieder zu verschaffen.

* Der regierende Bürgermeister von Bremen, der Vizepräsident der Bremer Handelskammer und der Direktor der Bremer Baumwollbörse statteten der sächsischen Regierung einen Besuch ab. Die Besprechungen, die fortgesetzt werden sollen, galten der Hebung der sächsischen Exportindustrie.

(*) Ausführliches an anderer Stelle.

Hartnäckiges Frankreich.

Das diplomatische Spiel, das gegenwärtig wieder zwischen London und Paris um die Abrüstung getrieben wird, legt dem neutralen Beschauer — und Deutschland ist ein solcher — den Vergleich mit einer Wage nahe. Heute scheinen die Gewichte ganz auf der englischen Schale zu liegen, morgen sind sie wieder durch irgendeine Hexerei auf der französischen. Und da stehen wir im Augenblick. Nachdem in der „Times" einige Tage recht vernünftige Gedanken über die Verpflichtung zur Abrüstung zu lesen waren, heißt es heute auf einmal wieder, kein Abrüstungsplan kann befriedigen, der nicht letzten Endes die Verhandlungen wieder nach Genf zurückführen würde. Eine solche Betrachtung übersieht aber geflissentlich das Wesentliche. Nicht auf das kommt es an, was geschehen wird, wenn die Verhandlungen erfolgreich sind, sondern einzig und allein darauf, daß der rechtliche und moralische Anspruch Deutschlands auf Gleichheit in der Sicherheit erfüllt werde. Der „Friede in Ehren" ist nicht ein beliebiger Stein auf dem Schachbrett der Diplomatie; er ist die Grundregel, deren dies Spiel nicht entbehren kann. Was man aber in Wirklichkeit von englischer Seite mit allerlei Finessen vertuschen möchte, ist eine allzu große Nachgiebigkeit den hartnäckigen Forderungen Frankreichs gegenüber.

Eine außenpolitische Erklärung des Kabinetts Chautemps steht nach den letzten Meldungen in Bälde zu erwarten. Man kann ihr nicht mit allzu großen Hoffnungen im Sinne des europäischen Fortschritts und Friedens entgegensehen. Denn es sind gar zu viele, die auf die laufenden Beratungen der französischen Regierung im Sinne einer noch stärkeren Versteifung auf scheinbare Rechte aus Verträgen einwirken. Wir nennen nur den Obersten Kriegsrat, der ein „Gutachten" über die deutschen Gleichberechtigungsforderungen abgeben soll, oder Herrn Tardieu, der in der „Agence Economique et Financiere" seine „Bedingungen" stellt. Bei ihm klingt die Forderung an, jene „Union morale" zu schaffen, die gewissermaßen als psychologischer Ersatz fester Bündnisse der demokratischen Staaten gegen Deutschland gedacht ist. Und schließlich ist noch Herriot zu erwähnen, der sich ja, offenbar von einem panischen Schrecken vor dem neuen Deutschland besessen, in seinen Wünschen auf Ablehnung aller Verhandlungen mit Deutschland geradezu überschlägt. Es bedürfte schon einer sehr großzügigen und innerlich unabhängigen Regierung in Frankreich, wenn wirklich positive Beiträge zur Förderung des Friedens in Europa von Paris zu erwarten wären. Gerade daran mangelt es aber. Die fortgesetzten Regierungskrisen der letzten Monate haben die innere Schwäche des Systems in Frankreich vor aller Welt bloßgelegt. Was an Autorität nach Innen fehlt, sucht man nach außen durch Hartnäckigkeit zu ersetzen. Wenn das „Oeuvre" wirklich Recht behalten sollte mit seiner Voraussage, daß die Regierung Chautemps—Paul-Boncour weitere Verhandlungen mit Deutschland nicht wünsche, so wäre das allerdings ein Höchstmaß von Verstocktheit und ein sehr ernstes Symptom. Deutschland hat durch den Mund seines Kanzlers abermals, gleichzeitig aber endgültig, seine Bereitschaft zur direkten Aussprache erklärt. Es steht auch jetzt noch mit Ruhe der Entwicklung zu. Aber ein Hinweis auf den Ernst der Lage, die durch Frankreichs Hartnäckigkeit heraufbeschworen wird, erscheint gerade jetzt angebracht und notwendig.

Die französische Rekrutierungsvorlage angenommen.

Paris, 19. Dezember. Die Kammer hat mit 449 gegen 147 Stimmen das neue Rekrutierungsgesetz angenommen, in dem bestimmt wird, daß das dienstpflichtige Alter der Rekruten um vier Monate hinaufgesetzt wird. Kriegsminister Daladier betonte, eine Schwächung der Armee werde durch das Gesetz nicht eintreten, weil der Ausfall von 18 000 Mann durch die Neueinstellung von Berufssoldaten und durch die Verlegung marokkanischer Truppen nach Frankreich ausgeglichen werden solle.

Die der Abstimmung vorausgehende Aussprache verdichtete sich zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung über die Frage, ob Frankreich militärisch stark genug sei oder nicht. Tardieu als Anwalt des Comité des Forges, der Zentrale der französischen Rüstungsindustrie, vertrat leidenschaftlich den Standpunkt, daß durch das neue Rekrutierungsgesetz Frankreichs Heeresmacht um eine gewisse Anzahl von Einheiten reduziert werde gerade in dem Augenblick, in dem für Frankreich und für Europa eine kritische Zeit anhebe. Um den Frieden zu retten, brauche man ein starkes Frankreich. (!)

Aus den Ausführungen des Kriegsministers Daladier ist zu entnehmen, daß Frankreich sofort eine Million kampfbereite, völlig ausgebildete Mannschaften einsetzen kann. Die von der Kammer bewilligten Kredite seien für die Anschaffung modernen Kriegsmaterials verwendet worden. Frankreich verfüge außerdem über einen Festungsgürtel, wie ihn die Welt und die Geschichte bisher nicht gekannt habe. Er werde übrigens die notwendigen Kredite beantragen, um diesen Festungsgürtel bis zum Mittelländischen Meer auszubauen.

Denkschrift über den deutschen Abrüstungsstandpunkt?

Berlin, 20. Dezember. (Eig. Funkmeldg.) Die Pariser und Londoner Blätter berichten heute übereinstimmend, daß ein Mitglied der französischen Botschaft in Berlin mit einer schriftlichen Aufzeichnung über den deutschen Standpunkt in der Abrüstungsfrage gestern nach Paris abgereist sei. Diese Aufzeichnung soll die durch frühere französische Presseveröffentlichungen bekanntgewordenen drei Punkte enthalten, nämlich:

1. Umwandlung der Reichswehr in eine kurzdienende Armee von 300 000 Mann,
2. Ausstattung der neuen Armee mit den üblichen Verteidigungswaffen,
3. deutsch-französischer Nichtangriffspakt.

In der französischen Presse sind die Meinungen sehr geteilt darüber, ob auf dieser Grundlage verhandelt werden soll. Die rechtsstehenden Kreise suchen nach wie vor aus dem Gang der Abrüstungsbesprechungen Kapital für die Wiedereinführung der zweijährigen Dienstzeit in Frankreich zu schlagen. Andere sprechen von deutschen „Höchstforderungen", die durch Verhandlungen herabgesetzt werden könnten. Sehr vorsichtig ist man in der Frage der militärähnlichen Organisationen geworden, weil man erkannt hat, daß sich alle derartigen Vorstöße auch gegen gewisse Verbündete Frankreichs, vor allem die Tschechoslowakei und Jugoslawien, richten würden.

In der englischen Presse tritt heute wieder stärker das Streben nach Vermittlung zwischen der deutschen und der französischen Auffassung hervor. „Times", die in den letzten Tagen volles Verständnis für den deutschen Standpunkt an den Tag legte und den Franzosen zugeredet hatte, sich gleichfalls auf den Boden der Tatsachen zu stellen, sucht heute offenbar eine günstige Stimmung für den Pariser Besuch zu schaffen. Das Blatt tritt jetzt wieder für die möglichst baldige Wiederaufnahme der Genfer Arbeiten, gegebenenfalls auch ohne Deutschland, ein.

Schweizer Heeresbudget bewilligt.

Bern, 20. Dezember. (Eig. Funkmeld.) Der Nationalrat stimmte dem Militärbudget zu, das insgesamt 91 Millionen Franken vorsieht, das sind 1,7 Millionen Franken an Ausgaben weniger, als der Voranschlag von 1932 aufwies.

Ministerpräsident Göring über den Reichstagsbrand und die bolschewistische Gefahr.

Berlin, 20. Dezember. (Eig. Funkmeldg.) Wie das NDZ.-Büro meldet, hat das Mitglied des großen Arbeitskonvents der Deutschen Arbeitsfront, Ministerpräsident Göring, im „Arbeitertum", der amtlichen Zeitschrift der NSBO. und der Arbeitsfront, einen Artikel unter dem Titel: „Ein Jahr nationalsozialistische Innenpolitik" zur Verfügung gestellt, aus dem angesichts des bevorstehenden Urteils im Reichstagsbrandstifterprozeß den Ausführungen über den Reichstagsbrand und die bolschewistische Gefahr besondere Bedeutung zukommt. Ministerpräsident Göring bezeichnet den Reichstagsbrand als das schändlichste Verbrechen in der Geschichte, nur vergleichbar mit dem Brande des Justizpalastes in Wien und dem entsetzlichen Attentat auf die Kathedrale in Sofia. In Wien und Sofia seien es ebenfalls verbrecherische marxistische Elemente gewesen, die zur Brandfackel griffen, um damit das Fanal zum Aufstand gegen die bestehende Staatsordnung zu geben. Noch in dieser Nacht des ruchlosen Verbrechens im Reichstag, das die ganze Welt in Atem hielt, sollte der allgemeine Bürgerkrieg entfesselt werden. Nur eiserne Entschlußkraft, so führte Ministerpräsident Göring aus, energisches Durchgreifen und unbedingte Hingabe der Polizei und der nationalsozialistischen Verbände, konnten dieses Verbrechen, Deutschland einem Bürgerkrieg auszuliefern, verhindern. Es sind keine gewöhnlichen Verbrecher, die auf der Anklagebank in Leipzig sitzen. Wohl noch niemals hat ein Gericht derartige verstockte, gerissene und skrupellose Angeklagte vor sich gesehen. Schwer lastet über der Luft des Prozeßsaales die Schuld der kommunistischen Irrlehre, mit der in Leipzig Abrechnung gehalten wird. Dem Ausland können wir nur die Lehre geben, aus diesem Prozeß und seinem Ergebnis zu lernen und im eigenen Lande rechtzeitig die Augen aufzumachen. Es wäre vollkommen verkehrt, wenn jemand heute auf den Gedanken kommen sollte, der Bolschewismus sei ausgerottet, und man könne mit bürgerlicher Ruhe und Gelassenheit der Zukunft entgegensehen. Nichts ist verkehrter als dieser Standpunkt. Die Schlagkraft der Polizei hat im Bunde mit der SA. und SS. den Marxismus entscheidend geschlagen. Das deutsche Volk hat erkannt, vor welch jähem Abgrund es in letzter Stunde gerettet wurde. Heute folgt es geschlossen seinem Führer Adolf Hitler und gelobt ihm unbedingte Gefolgschaft. Vielleicht wird die übrige Welt einmal erkennen, was der Nationalsozialismus auch für sie dadurch geleistet hat, daß er in Deutschland, dem Vorland Europas, die Ausbreitung des Bolschewismus und ein Weitergreifen des Chaos verhindert hat.

Hebung der sächsischen Exportindustrie.

Bremer Besuch bei der sächsischen Staatsregierung.

Dresden, 20. Dezember. (Eig. Funkmeld.) Der regierende Bürgermeister von Bremen, Dr. Markert, in dessen Begleitung sich der Vizepräsident der Bremer Handelskammer, Lauts, und der Direktor der Bremer Baumwollbörse, Dr. Schier, befanden, wurde dieser Tage vom Ministerpräsidenten von Killinger empfangen. In Gegenwart des Wirtschaftsministers Lenk und des Arbeitsministers Schmidt wurden in eingehender Weise die Fragen der Hebung der sächsischen Exportindustrie behandelt. Bei der starken Verbundenheit der sächsischen Exportindustrie mit der Hansestadt begrüßte die Regierung die Bremer Anregungen mit lebhaftem Interesse. Die Besprechungen sollen mit größtem Nachdruck fortgesetzt werden. Man hofft, dadurch der sächsischen Industrie eine wesentliche Erleichterung ihres Absatzes zu schaffen.

Die Bremer Gäste statteten auch dem Oberbürgermeister Zörner einen Besuch ab.

Gesunde Binnenwirtschaft Voraussetzung für Außenhandel.

Berlin, 19. Dezember. Der Reichsminister des Auswärtigen und der Reichswirtschaftsminister eröffneten in Anwesenheit von Vertretern mehrerer Reichsministerien die erste Sitzung des Außenhandelsrates. Freiherr von Neurath brachte in seiner Begrüßungsansprache die enge Verbundenheit des auswärtigen Dienstes